

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen

**zu der Mitteilung des Ministeriums für Verkehr vom
30. November 2021
– Drucksache 17/1357**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Gesetz über die Feststellung des Staatshaushalts-
plans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre
2020/2021
(Staatshaushaltsgesetz 2020/2021 – StHG 2020/2021) –
Wegfall der Bundesauftragsverwaltung für den Bereich
der Bundesautobahnen**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums für Verkehr vom 30. November 2021 –
Drucksache 17/1357 – Kenntnis zu nehmen.

17.3.2022

Der Berichterstatter:

Der Vorsitzende:

Winfried Mack

Martin Rivoir

Bericht

Der Ausschuss für Finanzen beriet die Mitteilung Drucksache 17/1357 in seiner
14. Sitzung, die in gemischter Form mit Videokonferenz stattfand, am 17. März
2022.

Der Berichterstatter merkte an, er bedaure, dass die Verwaltung der Bundesauto-
bahnen vom Land auf den Bund übergegangen sei. In vielen Jahren werde sich
zeigen, ob dieser Schritt zu einer Verbesserung geführt habe.

Ein Abgeordneter der FDP/DVP brachte vor, interessant wäre, zu erfahren, wie viel
der Bund dem Land erstattet habe, als es noch für die Verwaltung der Bundesauto-
bahnen zuständig gewesen sei.

Der Ausschussvorsitzende antwortete, wenn er sich aus seiner Zeit als Mitglied des Verkehrsausschusses richtig erinnere, seien pro Jahr 100 bis 120 Millionen € geflossen. Ferner habe es auch Nachschläge gegeben.

Sodann fasste der Ausschuss auf Vorschlag des Berichterstatters ohne Widerspruch die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung Drucksache 17/1357 Kenntnis zu nehmen.

23.3.2022

Mack